

Auszug aus Context XXI

<http://contextxxi.org/der-david-der-lateinamerikanischen.html>

Heft 2-3/2003

erstellt am: 19. September 2019

Datum dieses Beitrags: Mai 2003

Der David der lateinamerikanischen Legende

Antiamerikanismus in Lateinamerika

■ MARY KREUTZER ■ WOLF-DIETER VOGEL

Buenos Aires am 24. März 2003: Auf der Plaza de Mayo gedenken Menschen der Opfer der argentinischen Militärdiktatur. Am Vortag vor 27 Jahren hatten sich hohe Armeeangehörige an die Regierung des Staates geputscht. Mit Unterstützung der US-amerikanischen Regierung begann eine Zeit der brutalen Repression. Rund 30 000 mutmaßliche Oppositionelle wurden zwischen 1976 und 1983 ermordet oder verschwanden in den Kerkern der Militärs. Seither kämpft Hebe de Bonafini als eine der „Madres de Plaza de Mayo“ für die Aufklärung dieser Verbrechen, schließlich hat sie selbst drei Kinder durch den Terror der Militärdiktatur verloren. Sie gilt als Ikone in diesem Kampf. Auch an jenem Märzsonntag ist sie auf den Beinen.

Wie für viele steht für Bonafini der gerade begonnene Krieg der US-Regierung gegen den Irak im Vordergrund des Protestes. Dieser Krieg gegen „el pueblo iraquí“, das irakische Volk, sei „schlimmer als der Genozid der Nazis“, meint die Argentinierin. In der Hand trägt sie eine Flagge des irakischen Staates, in dem zu diesem Zeitpunkt noch Saddam Hussein regierte, der allein bei den Aufständen im Jahr 1991 etwa 50.000 Oppositionelle hatte liquidieren lassen. Wo Freunde und Feinde der Völker der Welt stehen, darüber hat Hebe de Bonafini noch nie einen Zweifel gelassen: Auf die Anschläge vom 11. September köpfte sie eine Flasche Champagner.

Mit ihren offenen Sympathien für die Anschläge in den USA steht die „Madre“ nicht allein. In El Salvador sprühten trotzkistische Studenten Parolen, in denen sie den mutmaßlichen Hintermann des Attentates gleich zum „Führer der Menschlichkeit“ erklären: „Viva Osama Ben Laden!! Líder de la Humanidad!!“ Aus überfüllten Kleinbussen in Mexiko-Stadt dröhnten nach den Angriffen Parolen zu Ehren des Islamisten, auf einem Konzert der linken Ska-Band „Tijuana No“ klärt deren Sänger seine Fans über die wahren Verantwortlichen für die Anschläge auf: Es sei kein Zufall, meint der Musiker, dass am 11. September keine Juden im New Yorker World Trade Center gewesen seien.

Sind solche Reaktionen tatsächlich „mehr als verständlich“, wie der im mexikanischen Puebla lehrende Politikprofessor John Holloway meint? Angesichts der Rolle, die die USA in Lateinamerika gespielt hätten, sei es „kaum überraschend“, dass die „Macht“ mit den USA gleichgesetzt und Antiamerikanismus zunehmend hoffähig werde, erklärt der Wissenschaftler stellvertretend für die überwiegende Mehrheit linker Positionen. Dabei zählt Holloway nicht zu den antiimperialistischen Hardlinern unter den lateinamerikanischen Linksintellektuellen. Im Gegenteil: Für seine Kritik an traditionellen Politikvorstellungen, die soziale Emanzipation mit Machtübernahme gleichsetzen, handelt er sich regelmäßig Ärger ein.

Jedoch liegt zwischen der notwendigen

Kritik am aggressiven Vorgehen von US-amerikanischen Regierungen oder Konzernen und dumpfem Antiamerikanismus ein weites Feld. Anstatt differenziert Herrschaftsverhältnisse anzugreifen, halten insbesondere Intellektuelle sowie linke Aktivisten und Aktivistinnen am manichäischen Weltbild antiimperialistischer Prägung fest: Hier das „pueblo“, das immer und überall für die gerechte Sache kämpft, dort der Imperialist aus Washington, zu jeder Boshaftigkeit bereit, dient sie doch nur der seelenlosen Profitmaximierung.

Da wird der gemeinsame Kampf des chiapanekischen und des palästinensischen Volkes beschworen, wo unter völlig verschiedenen sozialen und kulturellen Voraussetzungen für vollkommen unterschiedliche Ziele gerungen wird, ganz abgesehen davon, dass der Charakter des US-amerikanischen Einflusses in den beiden Regionen nicht zu vergleichen ist. Trotzdem erklärte die guatemaltekeische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú allen Ernstes bei einer Antikriegsdemonstration am 15. Februar 2003 vor der US-Botschaft in Mexiko-Stadt, während einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Botschaftswände unter „Stop Baby Hitler“-Rufen mit roten Farbbeuteln bewarfen, andere trotz der Hitze in solidarischen Intifada-Accessoires gewickelt applaudierten, nach dem Irak könnte Chiapas mit seinen Ölvorräten das Ziel von US-Geschossen sein.



Antikriegsdemo April 2003, Mexiko City

Warum der große Feind aus dem Norden ausgerechnet jene Region in Schutt und Asche legen soll, über deren Verwertung seit Jahren im Rahmen der Projekte „Plan Puebla Panamá“ (PPP) und „Biokorridor Mesoamerika“ verhandelt wird, bleibt das Geheimnis Menchús. Derzeit ist man zwar bei der in Washington ansässigen Interamerikanischen Entwicklungsbank darüber verärgert, dass die mexikanische Regierung trotz millionenschwerer Anleihen noch kein einziges Vorhaben des PPP umgesetzt hat. Als Kriegsgrund dürfte mexikanisches Verbindlichkeits- und Zeitverständnis allerdings kaum reichen. Zudem sind konservative Nichtregierungsorganisationen nicht erfolglos in ihrem Bemühen, US-amerikanischen Pharmakonzernen den Zugang zu Bodenschätzen und biologischer Vielfalt zu verschaffen.

Dass die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN einheimischen und internationalen Investoren ein Dorn im Auge ist, daran besteht kein Zweifel. Doch den wohl bedeutsamsten Vorstoß unter internationaler Beteiligung gegen die Guerilla hat nicht der böse Gringo zu verantworten: Nach Angaben des EZLN-Subkommandanten Marcos war es die sozialdemokratische Regierung des Spaniers Felipe Gonzalez, die den mexikanischen KollegInnen Hilfe angeboten hatte. Schließlich hat man in Madrid ausreichend Erfahrung mit „Terrorismusbekämpfung“.

Ungeachtet solcher Tatsachen gärt in Lateinamerika bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit eine Mischung aus nationalistischen und antisemitischen Ressentiments. Ihre Zutaten bestehen aus wild konstruierten Verschwörungen und kulturalistischen sowie vulgärmarxistischen Zuschreibungen. Der Hauptfeind materialisiert sich in den USA, ergänzt wird er durch den „kleinen Sa-

tan“ Israel. Ob auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre oder auf Antikriegsdemonstrationen in Mexiko-Stadt, nirgends fehlen die Plakate, T-Shirts oder Pamphlete, auf denen US-Präsident George W. Bush und Israels Regierungschef Ariel Sharon mit Hitler gleichgesetzt werden.

Natürlich kann man von den vielen jugendlichen DemonstrantInnen kaum erwarten, dass sie sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus auseinandergesetzt haben. Für sie ist Hitler schlicht das Non-Plus-Ultra der Brutalität und ihr Vergleich folgerichtig Ausdruck radikaler Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse, die sie in Bush oder Sharon personifiziert sehen. Doch diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Sie reproduziert den Diskurs derjenigen, von denen historische Genauigkeit und Analysefähigkeit einzuklagen wäre: die professionellen linken KommentatorInnen, die lateinamerikanische politische Debatten maßgeblich prägen. Zum Beispiel im mexikanischen Blatt „La Jornada“: In der bedeutsamsten linken Tageszeitung Lateinamerikas darf der US-Soziologe James Petras ständig und über Seiten hinweg darüber informieren, wie die „Architekten des Krieges“ aussehen: „Zwei Schwarze, ein paar Anglosachsen, etliche Juden und ein Hispano-Amerikaner.“

Sicher zählt der Antiimperialist Petras zu den Hardlinern. Ähnliche Haltungen finden sich jedoch auch in den Artikeln der meisten lateinamerikanischen Nachrichtenagenturen linker Prägung. Vergleiche etwa zwischen dem Warschauer Ghetto und den Zuständen nach dem israelischen Angriff auf das palästinensische Jenin sind weit verbreitet. Wen wundert es da noch, dass Demonstranten und Demonstrantinnen in Mexiko-Stadt immer wieder „Juden raus aus Palästina“ fordern. Derlei Gedankengut ist zudem nicht auf die Linke beschränkt. In der bürgerlichen Tageszeitung „Excelsior“ beschreibt beispielsweise Isidro Herrera Hernández den Irak-Krieg als ein seit 1974 geplantes Projekt von „extremistischen und weltbeherrschenden Gruppen rund um rechte US-Politiker, Juden und Militaristen“. Diese „heilige Kaste hat ihre Eier in den USA gelegt und die öffentliche Meinung mit ihrem Hass auf

Muslimen infiziert,“ um „drei Milliarden Menschen, in erster Reihe die islamischen Völker“ mit Atombomben zu vernichten.

Die Professorin und Kolumnistin Esther Shabot (siehe Interview auf Seite 19) kann solche Texte kaum mehr lesen. Die mexikanische Jüdin beschäftigt sich seit 30 Jahren mit Antisemitismus in Lateinamerika. Seit 18 Jahren stellt man ihr im „Excelsior“ als Exotin wöchentlich eine Kommentarspalte über den Nahen Osten zur Verfügung. Die Hoffnung auf Bündnispartner in der Linken hat Shabot so gut wie aufgegeben. Unter der Fahne des Fortschritts und des Antirassismus verbreite die Jornada „Lügen und Verdrehungen“ und helfe dabei, „Rassismus und Antisemitismus“ zu verbreiten. Man vermische alles, sagt sie, „Israel, die israelische Regierung, den Zionismus, Sharon, die Juden auf der ganzen Welt und die amerikanischen Juden, Bush – das alles kommt in einen Topf, um daraus eine diabolische Verschwörung zu konstruieren.“ Frage man jedoch „Durchschnittsmexikaner“, wo Israel geographisch liege oder wie groß denn die jüdische Gemeinde in den Vereinigten Staaten sei, könnten sie darauf keine Antwort geben.

Antinordamerikaner zu sein, so Shabot, bedeute fast per Definition, auch Antizionist zu sein. „Und bist du erst mal Antizionist, ist der Schritt zum Antisemiten in den meisten Fällen fast automatisch getan.“ Angesichts der Geschichte des Landes, etwa der Annexion eines Teils durch die USA im 19. Jahrhundert, wundert sie sich jedoch nicht über die anti-amerikanischen Gefühle, die „in der mexikanischen Gesellschaft Wurzeln geschlagen“ haben. Trotzdem spricht sie von einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und betont die Nähe, die zwischen den Menschen beider Staaten bestehe: „Im kulturellen Bereich gibt es hier eine große Menge an US-Produkten, man hört viel nordamerikanische Musik, man reist gern als Tourist in die USA.“



Zeichnung: Eduardo Cohen

Die Einflüsse des US-amerikanischen Lebensstils sind an vielen Ecken Mexikos präsent: Die Prachtstraße „Reforma“ in der Hauptstadt gleicht einer Mischung aus US-amerikanischem Prunk und mexikanischem Straßenhändlerchaos. An der Nordgrenze des Staates hat sich längst eine eigene Kultur entwickelt, die mexikanische und US-Elemente miteinander verbindet, und auch die rund 18 Millionen in den Vereinigten Staaten lebenden Mexikaner und Mexikanerinnen hinterlassen bei jedem Besuch in der alten Heimat Spuren.

Dass diese Vermischung der Lebensstile ganz im Sinne des Hegemonietheoretikers Gramsci nicht ausschließlich auf Zwang, sondern auch auf Konsens beruht, dass viele Aspekte des US-amerikanischen Einflusses affirmativ und ganz selbstverständlich aufgenommen werden, will man in der Linken nicht wahrhaben. Wer in Lateinamerika besonders radikal sein will, boykottiert spätestens seit Beginn des Irak-Krieges McDonalds, Walmart und Coca-Cola. Die freien Radiomacher „radialistas apasionadas“ erklären in einem kurzen Spot, wie's geht: Während die Kinder nach Cola, Hamburger und Fritten schreien, klärt Pappi so lange über das ungesunde und bluttriefende Fastfood aus den USA auf, bis auch die Kurzen verstanden haben: „Wir kaufen nichts aus Gringolandia. Unseres ist Unseres und das ist sauber. Das von ihnen

kommt getränkt mit irakischem Blut.“

Die dahinter verborgene Überhöhung einer wie auch immer definierten „eigenen Kultur“ gegen Fremdes, in der Regel verkörpert in der vermeintlichen US-Dekadenz, zieht sich jedoch durch die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche Lateinamerikas. Notwendige politische Forderungen wie etwa Maßnahmen zum Schutz der ländlichen Ökonomie vor der übermächtigen Konkurrenz aus dem Norden werden häufig mit einer Mystifizierung der „eigenen“ Geschichte oder der nationalen Identität angereichert, die es zu verteidigen gelte.

Der chilenische Schriftsteller Jorge Edwards, der sein Land 1973 nach dem Putsch von Pinochet verlassen musste, sieht die Wurzeln des „antianquismo latinoamericano“ im antiimperialistischen Weltbild, jenem „Hass, der aus den Eingeweiden kommt“ („antianquismo visceral“) und als Leidenschaft und Ideologie seit jeher politische Zusammenhänge verkürze und vereinfache. Mit einer radikalen Kritik am Agieren der USA in Lateinamerika habe dieser Antiamerikanismus nichts zu tun.

Als die kubanische Revolution nach 1959 ihren Weg suchte, bot sich der Antiamerikanismus für den anfangs noch antikommunistisch eingestellten Fidel Castro als nützliches Instrument. Kuba wandte sich bald der Sowjetunion zu. Jene AkteurInnen, die etwa auf dem „Tercermundismo“, der unabhängigen und bündnisfreien Dritt-Welt-Orientierung bestanden, verschwanden innerhalb weniger Wochen von der politischen Bühne. So auch Camilo Cienfuegos, der den dogmatischen Antiamerikanismus vieler seiner Kampfgenossen nicht teilte und ein Jahr nach dem triumphalen Einzug der Revolutionäre in Havanna auf bis heute ungeklärte Weise samt der Cesna, in der er reiste, verschwand.

Edwards plädiert für eine radikale Selbstkritik der lateinamerikanischen Linken. Diese solle sich einer grundlegenden Therapie unterziehen. „Der David der lateinamerikanischen Legende ist ein neurotisches, engstirniges und halbparanoides Wesen.“

Soziale Widersprüche verschwinden so hinter simplen Gegensätzen wie Nord versus Süd. Beispielsweise bei der in Ku-

ba lebenden chilenischen Autorin und prominenten Chronistin der lateinamerikanischen Linken Martha Harnecker. Wenn die ehemalige Althusser-Schülerin zur gemeinsamen Front von „nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt mit der Antiglobalisierungsbewegung des Nordens“ gegen die „Metropolen“ mobilisiert, dann unterschlägt sie, dass es auch in den Ländern des Südens Schichten gibt, die von der kapitalistischen Vergesellschaftung profitieren. Und dass in zahlreichen Fällen, etwa in Argentinien, heimische Machthaber erheblich zum Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien beigetragen haben, nimmt die renommierte Chronistin der lateinamerikanischen Linken offenbar hin – oder gar nicht erst zur Kenntnis.

Wohin eine solche Weltsicht führen kann, verkörpern Leute wie Mario Polanco. Der ehemalige Leninist und Mitbegründer der guatemalteckischen GAM, einer der wichtigsten Gruppen im Kampf gegen die Militärdiktaturen, setzt heute auf eine „patriotische und nationalistische“ Politik in Kooperation mit der Bourgeoisie. Deshalb werde er nicht auf den Sozialismus warten, sondern mittels einer nationalen etatistischen Entwicklungspolitik seinem Land dienen. Während sich viele Genossen und Genossinnen auf diesem Weg längst von der Revolution verabschiedet haben, steht für Harnecker fest: „Die neofaschistische Militärdiktatur USA“ und deren „Gestapo-Methoden“ ist der Hauptfeind.

Poetischer und differenzierter beschreibt Schriftsteller Eduardo Galeano die USA als „Konsumgesellschaft“, die in ihrer „Trunksüchtigkeit und Panik vor Entzugerscheinungen“ nach Erdöl, „dem schwarzen Elixier“ geifert. Die weltweite Medienlandschaft und deren ebenso komplexe wie widersprüchliche Wirkungsweise reduziert er auf eine „Wortverdrehungsmaschine“ für den Krieg, die „uns“ Botschaften wiederholen lässt, „die sie in unser Inneres pflanzt“.

Das dürfte im Sinne Harneckers sein. Die Autorin will in ihrem Kampf gegen die „Konzentration und Grenzenlosigkeit des Finanzkapitals“ die Bevölkerung „mittels einer einfachen und konkreten Sprache“ einbeziehen.

Der Politologe Holloway plädiert sogar dafür, die anfängliche Begeisterung über den 11. September nicht zu vergessen, sonst verliere man „die Berührung zu der tiefgründigen Reaktion gegen kapitalistische Macht in der ganzen Welt.“ Man dürfe die „O-sa-ma, O-sa-ma“-Rufe nicht zurückweisen, sondern von ihnen aus und über sie hinausgehen, erklärt der Marxist.

Genau in solchen Auffassungen sieht der mexikanische Politologe Samuel Schmidt die größte Gefahr. Für den Professor der Autonomen Universität in Ciudad Juárez stehen die unzähligen Hitler-Bush-Sharon-Vergleiche im direkten Zusammenhang mit der „Unwilligkeit gewisser politischer Strömungen und derer Vertreter, komplizierte Zusammenhänge“ zu verstehen und zu analysieren. „Irgendwann setzen sich diese vereinfachten Bildern in den Köpfen fest,“ sagt Schmidt. „Wiederhole diese Lüge noch tausendmal, und

die Dummen haben ihre Fahne“. Und: „Am Ende gelten Israel und der Zionismus als konsequenter Ausdruck des Imperialismus und die Juden als Verkörperung des Bösen schlechthin.“

Schmidt steht mit seiner Kritik nicht ganz alleine da: In einer Ausgabe der mexikanischen Zeitschrift „Letras Libres“, die sich mit antiamerikanischen Ressentiments beschäftigt, erinnert auch David Rieff an den Satz von August Bebel: „Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls“. Das liberale Blatt, das von der „Jornada“ als kriegstreibende „Yankee-Soldateska“ diffamiert wird, wurde einst von einer Gruppe um den Literaturnobelpreisträger Octavio Paz gegründet, die sich schon durch ihre Kritik am Stalinismus in der Linken Feinde gemacht hat. Heute sind es Sätze wie die von Rieff, die provozieren: „Opferrolle und Tugend gehen nicht unbedingt Hand in Hand (...) Nicht jede Rebellion gegen

die Imperien führt zu einer Verbesserung des Status Quo.“

Mary Kreutzer: Politikwissenschaftlerin und Publizistin, Trägerin des Eduard-Ploier-Radio-Preises der Österreichischen Volksbildung, des Concordia Publizistikpreises (Kategorie Menschenrechte), des European Award for Excellence in Journalism, des Elfriede-Grünberg Preises, von Juni 2000 bis 2006 Redaktionsmitglied von **Context XXI**.

Wolf-Dieter Vogel: Wolf-Dieter Vogel arbeitet als Journalist in Mexiko-Stadt, unter anderem für die Nachrichtenagenturen *Onda* und *Poona*.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels